Henning Lobin. 2021. *Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert*. Berlin: Dudenverlag. 186 S.

Besprochen von **Thomas Niehr**: RWTH Aachen, Philosophische Fakultät, Templergraben 55, D-52062 Aachen, E-Mail: t.niehr@isk.rwth-aachen.de

<https://doi.org/10.1515/zrs-2021-2074>

Henning Lobin hat im Dudenverlag ein populärwissenschaftliches Büchlein veröffentlicht. Es gehört in die stetig wachsende Sachbuchreihe des Verlags, in der immer wieder auch Fragen des Verhältnisses von Sprache und Politik sowie von Sprache und Moral verhandelt werden (vgl. Fielitz/Marcks 2020, Heine 2019, Niehr/Reissen-Kosch 2018, Stefanowitsch 2018, Steinke 2020). Lobin widmet sich in seiner Schrift solchen Fragen, die auch in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden, etwa: Soll Deutsch ins Grundgesetz? Sollen wir gendern oder doch eher nicht? Wie steht es um Deutsch in der EU? Derartige Fragen werden – so der Eindruck des Rezensenten – weniger in der Linguistik, dafür umso mehr in Zeitungs- und Zeitschriftenfeuilletons wie auch in der Kampfpresse der Neuen Rechten behandelt. Auch der für seine nationalistischen Positionen einschlägig bekannte und nie um eine Provokation verlegene Verein deutsche Sprache (VdS) traktiert solche Themen immer wieder populistisch-eindimensional mit entsprechend großer Öffentlichkeitswirkung.

„War dieses Buch denn wirklich nötig?“, wird sich so manche Leserbriefschreiber*in der FAZ ärgern, manche Linguistin sich möglicherweise auch fragen. Die Antwort des Rezensenten lautet: „Ja, absolut!“. Eine Begründung dieser Antwort (sowie eine ausführlichere Antwort auf die präsumtive Frage) soll mit den folgenden Bemerkungen versucht werden.

Lobin zeigt mit seinem Buch zunächst, dass einige der exemplarisch aufgeführten Fragen von interessierter Seite vorrangig dazu genutzt werden, eine politische Agenda zu verfolgen. Mit *Sprachkampf* sind also weniger Kämpfe um die deutsche Sprache, um ihre „Erhaltung“, um ihren „Schutz“ gemeint. Vielmehr geht es häufig darum, anhand vordergründig sprachkritischer Fragen politische – z.T. rechtspopulistische bis -extremistische (und wissenschaftsfeindliche) – Anschauungen unters Volk zu bringen.

Der Autor illustriert anhand verschiedener Beispiele, wie derartige Sprachkämpfe ideologisch aufgeladen werden. Und er macht deutlich, dass dies alles mit Linguistik nichts zu tun hat, dass Linguist:innen derartige Instrumentalisierungen von Sprachkritik nicht nur durchschauen, sondern ihnen auch etwas entgegenzusetzen haben. Betrachtet man erste wütende Reaktionen auf Lobins Buch

(vgl. etwa Bayer 2021)¹ – weitere, insbesondere aus den Reihen des VdS sind erwartbar –, so muss man feststellen: Mit diesem Buch ist es offensichtlich gelungen, einer linguistisch fundierten Stimme im Kampfgetümmel Gehör zu verschaffen. Allein dafür muss man dem Autor dankbar sein.

Lobin argumentiert stets sachlich, ohne sich des z.T. aggressiven Stils des VdS und seiner Unterstützer*innen zu bedienen. Daran tut er gut, betont er doch zu Recht, dass es nicht ausreicht, Beleidigungen und Herabwürdigungen zu vermeiden. Vielmehr sollte das Miteinander „auch von Höflichkeit und Respekt für einander gekennzeichnet sein“ (Lobin 2021: 155). Insofern ist der Titel „Sprachkampf“ nicht so misszuverstehen, dass der Autor mit gezücktem Schwert im (Sprach-)Kampf Position bezieht. Allerdings äußert er sich in wünschenswerter Klarheit, wenn es darum geht aufzuzeigen, wie von Seiten der Neuen Rechten verstärkt versucht wird, Sprachkritik als Legitimation für nationalistische Polemik bis hin zur Rechtfertigung rassistischer Positionen zu instrumentalisieren (vgl. Niehr 2021).

Welche Sprachkämpfe sind es, mit denen Lobin sich auseinandersetzt? Es sind solche, die aufmerksamen Zeitungs- bzw. Feuilletonleser*innen bestens bekannt sind: die leidige Frage nach der Verwendung von Fremdwörtern, der sogenannten Political Correctness, dem gendergerechten Sprachgebrauch und auch der Orthografie. Am Rande werden auch andere Sprachthemen behandelt, wie etwa die Bemühungen um Leichte Sprache. Dem bereits erwähnten VdS, der solche Themen ebenfalls bespielt, hat Lobin ein eigenes Kapitel gewidmet.

Der Kampf um die sogenannte Gendersprache

Seit einiger Zeit wird wieder erbittert über geschlechtergerechten Sprachgebrauch gestritten.² Die großen überregionalen Zeitungen positionieren sich, und wenn Claus Kleber und andere Prominente den umstrittenen Gender-Gap nun im mündlichen Sprachgebrauch deutlich artikulieren, lassen die Reaktionen nicht lange auf sich warten. Dass auch der VdS („Schluss mit dem Gender-Unfug!“) und die

1 Insbesondere die Kommentare, die von Leser*innen der „Achse des Guten“ abgegeben wurden, sprechen eine deutliche Sprache. Dies gilt ebenfalls für die Kundenrezensionen bei Amazon. Die Rezension Bayers ist mit wörtlichen Übereinstimmungen auch in der Postille des VdS „Sprachnachrichten“ Nr. 90 (II/2021, S. 18) unter der Überschrift „Faktenblind. Ein Sprachkritiker in der Sackgasse“ erschienen.

2 Auch von LinguistInnen werden in dieser Frage unterschiedliche Positionen vertreten; vgl. den Überblick bei Ängsal (2020) sowie exemplarisch die von Hartmann (2021) initiierte Stellungnahme, der sich mehr als 200 Unterzeichner*innen angeschlossen haben.

AfD gegen geschlechtergerechten Sprachgebrauch zu Felde ziehen, war zu erwarten. Lobin dokumentiert derartige Positionierungen nicht nur, sondern liefert auch stichhaltige, linguistisch fundierte Argumente etwa aus der Psycholinguistik, die zeigen, dass das generische Maskulinum eben nicht als überkommenes Allheilmittel funktioniert:

„Formen im generischen Maskulinum wie ‚Wähler‘, mit denen gleichermaßen auf Männer wie Frauen referiert wird, bewirken eine Verstärkung einer Vorstellung von Männlichem, die sich experimentell nachweisen lässt. Das ‚Mitmeinen‘ von Frauen, das in Verwaltungstexten bis vor einiger Zeit gern konstatiert wurde, funktioniert also nur mit Einschränkungen.“ (Lobin 2021: 46–47)

Derartige Erkenntnisse oder die Tatsache, dass auch die Empfehlungen für gendergerechte Sprache (vgl. etwa Diewald/Steinauer 2019) keineswegs für ein unbedingtes, sozusagen blindes Gendern plädieren, werden von den Gegnern eines gendergerechten Sprachgebrauchs geflissentlich ignoriert und durch mehr oder minder absurde Beispiele (**Mitgliederinnen*, **Jägerinnenzaun*) zu kaschieren versucht.

Damit einher geht eine Politisierung der Sprachkritik, die dann auch vor Kampfbegriffen der äußersten Rechten wie *Lügenmedien*, *Meinungsterror* oder *Überfremdung* (vgl. Lobin 2021: 78) nicht zurückschreckt. Diese Verbindung zwischen angeblichem Einsatz für die deutsche Sprache und rechtsgerichteter Agitation noch einmal deutlich vor Augen zu führen, ist ein besonderes Verdienst von Lobins Ausführungen. Sie machen deutlich, dass die Kritik an neueren Entwicklungen der deutschen Sprache häufig instrumentalisiert wird im Kampf gegen alles, was pauschal abwertend unter einer „rot-grünen Weltverbesserungsideo-logie“ oder wahlweise „grüner Propaganda“ (Walter Krämer, Vorsitzender des VdS, zit. nach Lobin 2021: 76) subsumierbar erscheint.

Lösungen?

Die Fronten scheinen verhärtet. Dies erfährt auch der Rezensent immer wieder. Etwa wenn ihm nach Vorträgen (zu beliebigen linguistischen Themen) von Kollegen bedeutet wird, dass sie gegenderte Sprache für eine ‚beispiellose Sprachregelung‘ halten, derer sich die Politolinguistik dringend einmal annehmen müsste. Oder wenn er andererseits von einer ZuhörerIn streng darauf hingewiesen wird, dass er in seinem Vortrag an einigen Stellen nicht korrekt gendergerecht bzw. -neutral formuliert habe.

In dieser Gemengelage, die keine Zwischentöne zuzulassen scheint, bezieht Lobin Stellung, allerdings keineswegs einseitig. So merkt er etwa an, dass mit

dem Genderstern „eine völlig neue, sprachfremde Symbolik in die Sprache eingebracht wird“ (Lobin 2021: 142) und stellt zu Recht fest:

„Auch hier gilt das Signalprinzip: Der [!] Verwendung einer gegenderten Form bringt die Anerkennung für die Relevanz dieses Themas zum Ausdruck, das Fehlen nicht zwangsläufig das Gegenteil.“ (Lobin 2021: 142–143)

Auch den Vorwurf, dass RezipientInnen – insbesondere aber Rezipienten –, die mit gegenderten Texten konfrontiert werden, dadurch in unzumutbarer Weise bevormundet würden, greift Lobin auf und stellt ihm die plausible These entgegen, dass dies in gleicher Weise für nicht gegenderte Texte gelte, „denn Lesende müssen sich immer die Sprache, ja das Denken anderer ‚aufzwingen‘ lassen, um einen Text überhaupt zu verstehen“ (Lobin 2021: 143).

Der häufig aus interessierten Kreisen zu hörenden Behauptung, der Genderstern widerspreche den Amtlichen Rechtschreibregeln und sei deshalb insbesondere in Texten von Behörden und behördenähnlichen Einrichtungen strikt zu vermeiden,³ wenn nicht gar zu verbieten, setzt Lobin eine differenzierte Antwort entgegen. So weist er einerseits zu Recht darauf hin, dass dieses Verdikt nicht gegen andere, durchaus verbreitete Schreibweisen (etwa die Bildung von Wortvarianten durch runde Klammern oder die Verwendung von Emojis) ausgesprochen wird. Andererseits stellt er die Frage, inwieweit der Genderstern nicht eher in den Bereich der Typografie als der Orthografie gehöre (vgl. Lobin 2021: 144–146).

Wie an diesen Beispielen deutlich wird, tritt Lobin mit dieser Schrift keineswegs als Sprachexperte auf, der unumstößliche Wahrheiten über die deutsche Sprache und ihre angemessene Verwendung zu verkünden hat. Seine Rolle ist eher die eines Linguisten, der sprachkritische Vorschläge prüft und auf ihre politischen Implikationen, ihre Stärken und v.a. auch auf ihre Inkonsistenzen und Schwächen hinweist. Derartige Hinweise betreffen übrigens nicht nur die nationalidentitäre Sprachpolitik der Rechten, sondern auch sprachpolitische Vorschläge der Linken „mit ihren zuweilen wirklichkeitsfremden Forderungen oder unterkomplexen Deutungen“ (Lobin 2021: 158).

Mehr aber lässt sich von einer solchen Schrift, wie Lobin sie vorlegt, schlechterdings nicht erwarten. Dies gilt insbesondere, wenn man das für die seriöse lin-

³ Laut einem Bericht des Norddeutschen Rundfunks hat sich die Hamburger CDU diese Position zu eigen gemacht: „Bei einem virtuellen Landesparteitag stimmten die Delegierten am Dienstagabend mit großer Mehrheit für die Vorlage des Landesvorstandes, der das Gendern ablehnt. ‚Die Hamburger CDU spricht sich dafür aus, dass in allen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen keine grammatisch falsche Gender-Sprache verwendet wird‘, heißt es darin.“ (<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Parteitag-Hamburger-CDU-sagt-Nein-zum-Gendern,cd1546.html>. 22.06.2021)

guistische Sprachkritik zentrale Prinzip der funktionalen Angemessenheit ernst nimmt.⁴ Es liefert keine Patentrezepte, sondern mahnt zur beständigen Reflexion, welche sprachlichen Mittel zu einer gelingenden Kommunikation beitragen können.

Zuzustimmen ist schließlich einer Forderung Lobins, die im letzten Kapitel seines Buches – überschrieben mit „Eindämmungsstrategien“ (Lobin 2021: 157) – erhoben wird: Es bedarf einer deutlichen Stellungnahme von Linguistinnen und Linguisten, wenn versucht wird, unter dem Deckmantel der Sprachkritik die Anliegen nationalidentitärer Sprachpolitik und damit verbundener Verschwörungstheorien zu betreiben:

„Unterstützt werden kann dies durch die öffentlichen und halb öffentlichen ‚sprachlichen‘ Institutionen, die es in Deutschland gibt, allen voran das Goethe-Institut, die Gesellschaft für deutsche Sprache, der Deutsche Akademische Austauschdienst und das Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, die sich schon vor geraumer Zeit zum ‚Deutschen Sprachrat‘ zusammengefunden haben.“ (Lobin 2021: 161)

Auch wenn der Autor aus gutem Grund darauf aufmerksam macht, dass er dieses Buch nicht in seiner Funktion als Wissenschaftlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache, sondern „ausschließlich an Wochenenden und Urlaubstagen“ geschrieben habe (Lobin 2021: 163), ist es sehr begrüßenswert, dass er dieses Buch geschrieben hat. Denn zu Sprachpolitik und Sprachkämpfen hat er allemal Bedenkenswerteres und Klügeres zu sagen als die zahlreichen selbsternannten Sprachexperten – hier scheint das (nicht-generische) Maskulinum übrigens durchaus angebracht –, die ihre Ahnungslosigkeit in linguistischen Fragen nur allzu gern durch eine überaus forsche Rhetorik zu verbergen versuchen.

Literatur

- Ängsal, Magnus P. 2020. Wortkritik in der Feministischen Sprachkritik. In: Thomas Niehr, Jörg Kilian & Jürgen Schiewe (Hg.): *Handbuch Sprachkritik*. Stuttgart: J.B. Metzler, 66–72.
- Bayer, Josef. 2021. Die deutsche Sprache bedankt sich. Online: https://www.achgut.com/artikel/die_deutsche_sprache_bedankt_sich; 17.05.2021.
- Diewald, Gabriele & Anja Steinhauer. 2019. *Gendern – ganz einfach!* Berlin: Dudenverlag.
- Fielitz, Maik & Holger Marcks. 2020. *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin: Dudenverlag.

4 Vgl. dazu ausführlich Niehr (2015) sowie die einzelnen Beiträge in Niehr/Kilian/Schiewe (2020).

- Gensing, Patrick. 2019. *Fakten gegen Fake News oder Der Kampf um die Demokratie*. Berlin: Dudenverlag.
- Hartmann, Stefan. 2021. Gendergerecht. In: *Forschung & Lehre* (1/21), 926.
- Heine, Matthias. 2019. *Verbrannte Wörter. Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht*. Berlin: Dudenverlag.
- Niehr, Thomas. 2015. Angemessenheit. Eine Kategorie zwischen Präskriptivität und Inhaltsleere? Überlegungen zum Status einer für die Sprachkritik fundamentalen Kategorie. In: *Aptum* 11 (2), 101–110.
- Niehr, Thomas. 2021. Vom „Nationalmasochismus“ zur „Neuen Weltordnung“: Argumentationsstrategien in neurechtem Schrifttum. In: Pappert, Steffen et al. (Hg.): *Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren. Sprach- und literaturwissenschaftliche Einsichten zu Diskurspraktiken der Neuen Rechten*. Hamburg: Buske, 217–235.
- Niehr, Thomas, Jörg Kilian & Jürgen Schiewe. (Hg.) 2020. *Handbuch Sprachkritik*. Stuttgart: J. B. Metzler.
- Niehr, Thomas & Jana Reissen-Kosch. 2018. *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus*. Berlin: Dudenverlag.
- Stefanowitsch, Anatol. 2018. *Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*. Berlin: Dudenverlag.
- Steinke, Ronen. 2020. *Antisemitismus in der Sprache. Warum es auf die Wortwahl ankommt*. Berlin: Dudenverlag.